

Das Wohnungsbauprogramm ist zur Sache aller Einwohner unserer Stadt geworden

Von Heinz Hahn, Oberbürgermeister von Neubrandenburg

www.ttrr-14

Mit Fug und Recht können wir sagen, daß alles, was in unserer Stadt groß, schön und liebenswert ist, unter der Arbeiter-und-Bauern-Macht geschaffen, gepflegt und erhalten wurde. Unsere Stadt, deren Zentrum 1949 als Folge des faschistischen Raubkriegs ein einziger Trümmerhaufen war und in der je Einwohner nur noch 7 Quadratmeter Wohnraum verblieben waren, hat dank der Leistungen der Werktätigen auf der Grundlage der Beschlüsse von Partei- und Staatsführung tiefgreifende politische, ökonomische, soziale und geistig-kulturelle Wandlungen durchlebt wie nie zuvor in ihrer über 700jährigen Geschichte.

Als wir 1952 am Vorabend des 1. Mai den Grundstein legten für den ersten neuen Wohnblock mit 18

Ein Seminar des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR mit den Vorsitzenden der Räte der Kreise fand am 1. und 2. März 1984 in Berlin statt. Aus der Diskussion auf dieser Beratung veröffentlichen wir redaktionell bearbeitete Auszüge aus zwei Erfahrungsberichten von Ratsvorsitzenden zu wichtigen Fragen sozialistischer Kommunalpolitik.

Wohnungen, für deren Fertigstellung damals 13 Monate benötigt wurden, dachte keiner daran, daß das der Beginn eines zielstrebigem Aufbaus der Stadt zum Zentrum des Agrarbezirkes war. 32 Jahre später wird zu den Kommunalwahlen 1984 die 25 000. Wohnung an eine Arbeiterfamilie übergeben. Das bedeutet für rund 60 Prozent der 82 000 Einwohner moderne Wohnverhältnisse. Diese hervorragende wirtschaftliche und soziale Leistung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei ist ein anschaulicher Beweis, daß Wort und Tat in der Politik der SED übereinstimmen.

Ausgehend von einem Beschluß des Sekretariats der Bezirksleitung Neubrandenburg und abgestimmten Entwicklungslinien, haben wir keinen Zweifel daran, daß wir unter Erschließung aller örtlichen Reserven und Ressourcen die noch vor uns stehenden Aufgaben zur Lösung der Wohnungsfrage bis 1990 als soziales Problem erfolgreich meistern werden. Die Entwicklungslinien sind so vorgezeichnet, daß das in unserer Stadt nicht allein in

erster Linie durch den Neubau von Wohnungen geschieht. Vielmehr ist die effektivste Nutzung und Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz zu gewährleisten. Hierbei muß die Intensivierung vorherrschen. Deshalb haben wir als ersten Schwerpunkt unserer Arbeit eine hohe Steigerung der Bauleistungen für die Instandhaltung und Instandsetzung festgelegt.

Der zweite Schwerpunkt ist die soziale Verteilung des Wohnraumes. Eben weil wir gute Bedingungen haben, ist es erforderlich, jede Wohnung mit höchster sozialpolitischer Wirksamkeit zu nutzen. Im Zusammenhang damit sehen wir die Rückgewinnung zweckentfremdeten Wohnraums als unsere dritte Arbeitsrichtung.

Wie will der Rat der Stadt an die Lösung dieser Schwerpunkte herangehen?

Unsere Losung: Bauen geht alle an!

Die bewährte Losung „Bauen geht alle an“ erfordert, die Betriebe zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Werktätigen, insbesondere der Schichtarbeiter und der jungen Ehen, auf ausreichenden eigenen Wohnraum weitaus stärker einzubeziehen, die Eigeninitiative der Bevölkerung in noch stärkerem Maße planmäßig zu fördern und zu entwickeln. So wie es im Wahlauftrag des Nationalrates heißt, entscheidet über die Effektivität des Bauens zur Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms „mehr denn je das kameradschaftliche Miteinander von Volksvertretungen, Baubetrieben und Bürgern“.

Um die Bürger zum Mitdenken und Mittun zu gewinnen, begannen wir im Herbst vergangenen Jahres gemeinsam mit der Lokalpresse unsere Aktion „Baurümpfe für uns Hüsung“ zur Vermittlung der besten Erfahrungen bei der Entfaltung neuer Initiativen und der Erschließung von Reserven. Arbeitsbesuche der ständigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung und der Mitglieder des Rates in Betrieben und Einrichtungen sowie Gespräche in Hausgemeinschaften wurden genutzt, politisch-ideologische Klarheit darüber zu schaffen, daß örtliches Organ und Betriebe gemeinsam Verantwortung für die Verbesserung der Wohnbedingungen und die Erhöhung der Wohnqualität in den Altbauwohnungen tragen. Meinungen, -daß die Betriebe mit der Rekonstruktion, Modernisierung oder